

UNiMUT

ZEITUNG *an* DER UNI HEIDELBERG

THEMENHEFT NAHOST

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Ausgabe des UNiMUT widmet sich dem Nahostkonflikt. Dabei ist es unser Anliegen, Raum für verschiedene Perspektiven zu bieten; eine Plattform für Meinungen, Gedanken und Erfahrungen zu sein.

Bei der Erarbeitung des kürzlich erschienen UNiMUT bestand Einigkeit darüber, die jüngste Eskalation zu thematisieren. Schwierig gestaltete es sich jedoch hierfür eine angemessene Form zu finden. Die bloße Gegenüberstellung etwa zweier entgegengesetzter Meinungen erschien uns angesichts der Vielschichtigkeit dieses Konflikts zu kurz zu greifen. Es ist uns jedoch bewusst, dass auch diese Zusammenstellung kein geschlossenes Bild ist und bei weitem nicht alle Ansichten darstellt. Zwangsläufig ist die Auswahl der Artikel kontingent. Dennoch war es uns wichtig, uns dieser Herausforderung zu stellen. Trotz dieser Schwierigkeiten und der Sache immanenten Unvollständigkeit, und dem Wissen, dass wir uns durch diese Ausgabe leicht in eine angreifbare Position begeben, erschien uns ein diplomatisches Schweigen weitaus problematischer.

Auf Artikel der Redaktion haben wir in dieser Ausgabe bewusst verzichtet. Ebenso haben wir darauf verzichtet, ein Konzept vorzugeben, welche Meinungen auf welche Weise repräsentiert werden sollen. Die Autoren bekamen keine inhaltlichen Vorgaben und unterscheiden sich deswegen in ihrem Bezug, Anspruch und ihrer Herangehensweise voneinander.

Eure UNiMUT-Redaktion

Ein Kinderlied für Gaza?!

For Hanukkah alone

Father lighted candles for me; Like a torch the Shamash shone. In whose honor, for whose glory? For Hanukkah alone.	Mother made a pancake for me, Hot and sweet and sugar-strewn. In whose honor, for whose glory? For Hanukkah alone.
Teacher bought a big top for me, <i>Solid (cast) lead</i> , the finest known. In whose honor, for whose glory? For Hanukkah alone.	Uncle had a present for me, An old penny for my own. In whose honor, for whose glory? For Hanukkah alone.

★

„Operation Solid Lead“: Operation Gegossenes Blei. Die israelische Operation wurde am 27.12.08 eröffnet, an einem Sabbat. Am Vorabend des 22. Dezember begann das achttägige jüdische Lichterfest Chanukka. Die Tatsache, dass die erneute durch den israelischen Luftangriff ausgelöste Eskalation im Nahen Osten, die kurz darauf von den Medien mit ‚Gaza-Krieg‘ überschrieben wurde, während jüdischer Feiertage stattfand und die Operation zusätzlich auch noch einen Namen trägt, der angelegt ist an ein Chanukka-Kinderlied, lässt beide Interpretationen zu: Dass Religion in diesem Konflikt (hier zumindest auf

Seiten Israels) eine überaus wichtige Rolle spielt oder eben auch überhaupt nicht. Welche Interpretation plausibler erscheint hängt wohl von der Rechtfertigung der Gewaltausübung und dem Verständnis der Vereinbarkeit von Religion und Gewalt durch die handelnde oder interpretierende Partei ab. Für viele hier – im „ruhigen Westen“, die wir die Trennung von Politik und Religion für selbstverständlich halten und von der Idee überzeugt sind, Religion und Gewalt sei nicht zu vereinbaren, kann dies nur absurd anmuten. Zu Recht.

★

„Zu Recht!“ – Dieser kleine Satz fällt schwer, wenn es um den Krieg im Gazastreifen geht. Und zwar in doppeltem Sinne: Was ist zu Recht (internationales Recht) und was ist rechtens (dies ist mit der Frage und Fragwürdigkeit einer transnationalen Moral verbunden)?

Die Fragen *Wer handelt zu Recht?, Was heißt zu Recht?, Was heißt es für wen?, Was denkt welche Partei über die Frage, was zu Recht ist? Was ist in arabischem, deutschem, israelischem, palästinensischem (etc.) Sinne zu Recht?*, haben je für sich zahlreiche Unterfragen. Insgesamt ist die Frage „zu Recht?“ wohl jene, die verschiedene Ebenen des Gaza-Krieges und einen Kern der hiesigen Debatte trifft. Es geht um die Frage nach der Legitimation. Und auch dies wieder in zweifacher Weise: Einerseits die Frage nach der Kohärenz der angeführten Legitimation des Gaza-Krieges durch Israel oder durch andere Staaten und andererseits die Frage, wie legitim oder illegitim für jeden von uns hier die Ereignisse und Handlungen der Konfliktparteien sind. Beide Antworten sind äußerst schwierig und abhängig von der eigenen Informationslage. Diese Infor-

★

Damit ist implizit gesagt, dass die Voraussetzung für eine legitime Meinung eine ‚wahre‘ Perspektive sei. Hier liegt jedoch ein Stolperstein. Wenn ‚wahr‘ in diesem Sinne als verallgemeinerbar, zeit- und ortsungebunden verstanden wird, verfällt man einem gewissen Historismus. Dieser

mationslage ist wiederum abhängig von individueller Informationsbeschaffung und aktueller Medienlage. Zusätzlich fordert der Umgang mit den aktuellen Medien Auswahl- und Interpretationskriterien. Und während wir uns um eine legitime Meinung zum Gaza-Krieg bemühen, mit Berücksichtigung der oben genannten Aspekte, läuft uns der Krieg davon. Was übrig bleibt: Viel Zeitunglesen, im Internet surfen und die Stirn immer mehr runzeln, müde werden. Und vor allem: wütend werden darüber, dass man lesend, nachvollziehend, tatenlos und reglos ist und trotzdem keinen ‚Überblick‘ gewinnt. Angesichts des vielen Leids und der vielen Toten im Gaza-Streifen (und auch Israel), will man intervenieren! Man will am liebsten grad jetzt auf die Strasse gehen! Aber nein, das bringt nichts! Die israelischen Truppen, Flieger und Regierenden sehen uns nicht. Wie auch, wenn sie nicht einmal die UNO hören. Noch mehr Wut! Wut aufgrund der Unvereinbarkeit des Willens zu einer ‚wahren‘ Perspektive mit entsprechend ‚legitimer‘ Meinung und der scheinbaren Unmöglichkeit eines Weges dahin.

Verweis auf eine Epoche der deutschen Gesichtswissenschaft mag hier anstößig oder unverständlich sein, weil der Gaza-Konflikt höchst aktuell und nicht primär historisch ist. Auch wenn es hier keiner genauen Erläuterung dessen bedarf, was der Begriff Historismus umfasst,

möchte ich dennoch den Versuch machen, über einen geschichtswissenschaftlichen Seitenhieb – der Frage, was Geschichte zu Geschichte macht (Historizität) – mögliche wichtige Leitfragen ausfindig zu machen, die als grundsätzliche (und nicht mehr als das) Auswahl- und Interpretationskriterien für eine persönliche Meinungsbil-

★

Drei geschichtswissenschaftliche Ansätze

Warum gerade Geschichtswissenschaft? Aus dem simplen Grund, dass ich den Verdacht habe, es gäbe eine strukturelle Ähnlichkeit zwischen der Situation, in der wir uns befinden, wenn wir über mediale Quellen versuchen uns ein Bild oder eine Meinung zum Gaza-Krieg zu erarbeiten und der Situation des Historikers, der über historische Quelle zu einem gewissen Geschichtsbild kommt. In beiden Situationen stellt sich die Frage, wie mit den Quellen umzugehen ist, woher sie kommen, wie und von wem sie vermittelt wurden und in welchem Bezug sie zur eigenen Position/Situation stehen und wie diese eigene Position wiederum die Quellen strukturiert. Was hier gesagt wird, gilt natürlich auch für andere Konflikt-Kontexte, zu denen wir keinen expliziten (immer aber impliziten – man denke an Waffenhandel) Bezug haben. Möglicherweise kann also die grundlagentheoretische Reflexion auf die Möglichkeit einer wahren oder dann angemessenen Perspektive, aus der Geschichte (oder Berichte) geschrieben werden, drei Ansätze dafür liefern, was bei einer (persönlichen) Meinungsbildung zum Gaza-Krieg wichtig zu beachten ist.

Verschiedene Ereignisse im 20. Jahrhundert, insbesondere der zweite Weltkrieg, lösten eine grundlegende Reflexion in der deutschen Geschichtswissenschaft darüber aus, wie von der Vergangenheit berichtet werden soll und was Vergangenes überhaupt zu historischer Vergangenheit macht. Zunehmend wurde eine historische Wahrheit in positivistischem Sinne verabschiedet zugun-

den eines Verständnisses von Geschichte als Geschichtskultur oder Geschichtsdiskurs. Dabei sollen verschiedene Vergangenheitsinterpretationen integriert werden, ohne dass eine dieser Interpretationen als die Wahre qualifiziert wird. Damit erhielt auch die Frage nach der eigenen Perspektive, aus der Geschichte geschrieben wird, Aufschwung. Der Idee, dass es nicht mehr nur eine wahre Vergangenheitsinterpretation gibt und verschiedene Sichtweisen in einem Diskurs vereint werden, liegt die Auffassung zugrunde, dass ‚historische‘ Vergangenheit wesentlich aufgrund ihrer gegenwärtigen Bedeutung ‚historisch‘ ist, also in einem funktionalen Bezug zur Gegenwart steht. Dies wäre der erste Ansatz.

Der zweite Ansatz resultiert daraus. Wenn die Setzung der eigenen (westlichen) Perspektive als wahre Perspektive zerfällt, muss die Frage gestellt werden, welches die eigene und welches die möglichen Perspektiven sind, aus denen man ein Geschichtsbild entwerfen kann/soll.

Der dritte Ansatz, der sich ebenfalls aus den andern beiden ergibt ist eine gegenseitige Beeinflussung von Geschichte und Gegenwart. Die gegenwärtigen materiellen und geistigen Zusammenhänge sind Sinnkriterien für die Strukturierung dessen, was von der Vergangenheit überliefert ist. Umgekehrt wirken die Geschichtsbilder und ihre Imperative normativ auf das kollektive und individuelle Selbstverständnis der Gegenwart (besonders hinsichtlich des Holocaust).

★

Die drei Ansätze hinsichtlich des Konflikts in Gaza

Alle drei Ansätze – funktionaler Bezug zur jetzigen Situation; es gibt nicht eine ‚wahre‘ Interpretation der vorliegenden Medien/Quellen; wechselseitige Beeinflussung von Interpretierendem und Interpretiertem – sollten bei einer Auseinandersetzung mit dem Gaza-Krieg mitberücksichtigt werden.

Es gibt keine ‚wahre‘ Perspektive auf den Gaza-Krieg. Um uns eine legitime Meinung bilden zu können, muss die Meinungsbildung diskursiv ablaufen mit dem Anspruch, möglichst viele Positionen zu integrieren. Denn jede Zeichnung eines Bildes des Gaza-Krieges steht in einem funktionalen Bezug zum Zeichner. Welche Funktion ein Bild hat ist nur im Vergleich mit anderen Bildern ersichtlich.

Welche grob sich unterscheidenden Perspektiven sind

nun im Gaza-Krieg mit zu bedenken? Mindestens drei: die Perspektive und (das historische) Selbstverständnis Israels, Palästinas („muslimische Welt“) und Deutschlands (bzw. Europas). Mit der arabischen Sicht werden wir in öffentlichen Medien äußerst wenig konfrontiert – dem muss entgegengewirkt werden. Das (politische) Selbstverständnis Israels ist von einer linearen Auffassung der eigenen Geschichte geprägt, welche die Argumentation für das Existenzrecht Israels und – gerade unter Zionisten – auch die Rechtfertigung für die Vertreibung von ansässiger Bevölkerung liefert. Hier scheint der funktionale Bezug der Geschichtsinterpretation zur Gegenwart sehr klar und auch die Tatsache, wie engmaschig das Wirkungsgefüge von Geschichte, Politik und Recht ist. Die deutsche Perspektive ist insofern besonders – auch in Europa, als

die Verbrechen gegen das jüdische Volk während dem 2. Weltkrieg das kollektive Gedächtnis tief prägten. Der Holocaust war ein Präzedenzfall – in vielerlei Hinsicht. Und Israel steht in mehr oder weniger direktem Bezug dazu.

Die kollektive Schuld Deutschlands mag alt sein, doch ist sie in manchen Köpfen anscheinend noch so stark, dass sie eine kritische Position gegenüber Israel komplett verhindert. Es kommt zum Denkfehler, dass Solidarität unter politischen Parteien zu entscheiden hat und nicht zwischen Opfer und Täter. Das darf nicht passieren, auch wenn es auf einer Seite mehr, viel mehr, Opfer gibt!

Es ist wichtig, den Anspruch eine (politische) Meinung zu formulieren und zu äußern, ernst zu nehmen. Es liegt in unserer Verantwortung. Wir sind mit Interpreta-

tionen des Gaza-Krieges konfrontiert und können auch selbst nur eine solche liefern. Dieser Artikel sollte ein entscheidender Beitrag dazu sein, welche Ansätze eine Interpretation ausmachen und strukturieren. Ansätze, die meines Erachtens zu wenig thematisiert werden. Hoffentlich, weil sie sonnenklar sind!

Ich stehe der Operation Gegossenes Blei äußerst kritisch gegenüber. Das Vorgehen Israels und viele Reaktionen darauf rufen bei mir tiefes Unverständnis und Wut hervor und ich bin bisher noch keiner Auslegung und Einschätzung der Situation im Gazastreifen begegnet, durch die mir diese Operation Gegossenes Blei verhältnismäßig erscheinen könnte.

Maja Tschumi studiert Philosophie und Literaturwissenschaft in Zürich und Heidelberg.

Anonym

Der Gaza-Krieg im Lichte des Völkerrechts

Ein völkerrechtlicher Beitrag zum Diskurs über internationale Vorfälle und Lagen ist in der medialen Berichterstattung leider viel zu selten, weisen doch die Normen, auf die er sich beruft, in aller Regel eine lange Kontinuität auf und verfügen meist über eine breite Abstützung in

★

Der rechtliche Status Israels

Die Gründung Israels am 14.5.1948 geht auf eine Resolution der UN-Generalversammlung zurück. Der Staat Israel verfügt als Völkerrechtssubjekt über die gleichen Rechte und Pflichten wie die übrigen 192 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen. Bei der Erfüllung der für ihn geltenden völkerrechtlichen Regelungen kann er sich daher auf keine Sonderrechte berufen. Die territoriale Souveränität Israels erstreckt sich nach geltendem Völkerrecht auf das Gebiet, das innerhalb der ihm von der Staatengemeinschaft zuerkannten Grenzen liegt. Das sind zunächst jene Grenzen, die bei der Proklamierung des Staates gemäß der Resolution 181 (II) zugrunde gelegt wurden. Die Gebietserweiterung um 21 Prozent seines Stammterritoriums, die Israel im Gefolge der ersten mili-

★

Der rechtliche Status des Gaza-Streifens

Seit dem Sechstagekrieg 1967 unterlag der Gaza-Streifen bis zum 13.9.2005 der israelischen Besatzung. Gaza gehört, wie das Westjordanland, zu den palästinensischen Autonomiegebieten und untersteht im Innern formal der Palästinensischen Autonomiebehörde. Offiziell hat Israel vor drei Jahren seine Truppen und Siedler nach 38 Jahren völkerrechtswidriger Besatzung aus dem Gazastreifen zurückgezogen. Nach Art. 42 ff. der Haager Landkriegsordnung (HLKO) gilt ein Gebiet als besetzt, wenn es

der Rechtsgemeinschaft. Der Gaza-Krieg wirft gegenwärtig vielfältige völkerrechtliche Fragen und Probleme im Spannungsverhältnis zwischen dem Recht auf Selbstverteidigung und der Einhaltung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit auf.

tärischen Auseinandersetzung 1948 vornahm, war zu diesem Zeitpunkt zwar unrechtmäßig, doch wurde dieser Mangel dadurch geheilt, dass die Staaten diese Grenzveränderung zunächst hinnahmen und später auch anerkannten. Ausgenommen davon sind jedoch die während des Sechstagekrieges von Israel völkerrechtswidrig besetzten Gebiete des Westjordanlands, der syrischen Golanhöhen und des Gaza-Streifens. Der Internationale Gerichtshof (IGH) hielt in seinem „Mauer# -Gutachten fest, dass der gewaltsame Gebietserwerb gewohnheitsrechtlich verboten sei. Israel hat folglich nur Anspruch auf Achtung seiner territorialen Integrität im Umfang der Grenzen vor dem Juni 1967.

der tatsächlichen Gewalt einer feindlichen Armee unterworfen ist. Fraglich ist, ob der Gazastreifen trotz der offiziellen Räumung völkerrechtlich weiterhin als Besatzungsgebiet gilt, da Israel *de facto* die (militärische) Kontrolle über das Gebiet ausübt.

Durch die Besatzung übt Israel im Übrigen keine Souveränität, sondern vielmehr allein eine vorübergehende Autorität über diese Gebiete aus. Neben der völkerrechtswidrigen Aneignung im Krieg stellt dies auch eine

anhaltende Verletzung des Friedensvölkerrechts dar. Dieses besteht insbesondere darin, dass das israelische Besatzungsregime die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes seit über vier Jahrzehnten faktisch unmöglich macht. Nach dem Selbstbestim-

★

Der Gaza-Krieg und die UN-Charta

Artikel 2 Ziffer 4 der UN-Charter untersagt den Mitgliedstaaten grundsätzlich jede Androhung oder Anwendung von Gewalt in ihren internationalen Beziehungen. Damit ist jede militärische Gewalt – nicht mehr nur der Krieg – gegen einen anderen völkerrechtswidrig. Nach Kapitel VII der Charta obliegt es dem UN-Sicherheitsrat, im Falle einer Friedensbedrohung oder einer Angriffshandlung Maßnahmen gegen den Aggressor zu be-

schließen und durchzusetzen. Die UN-Charter sieht in Artikel 51 als wichtigste Ausnahme das Recht zur Selbstverteidigung vor. Israel versucht den militärischen Angriff auf Gaza damit zu rechtfertigen, in dem es sich auf das Recht auf Selbstverteidigung beruft. Viele Völkerrechtler sehen dies allerdings anders. Art. 51 der UN-Charta erlaubt die individuelle und kollektive Selbstverteidigung nur im Falle eines „bewaffneten Angriffs“.

★

Das Recht auf Selbstverteidigung

Die Tatbestandsvoraussetzungen des Selbstverteidigungsrechts sind spätestens seit den Anschlägen des 11. Septembers 2001 durchaus umstritten. Um militärische Maßnahmen im Rahmen des Selbstverteidigungsrechts auch gegen nicht-staatliche Akteure ausüben zu können, müssen deren Handlungen zumindest einem anderen

Staat zugerechnet werden können. Sind Handlungen nicht-staatlicher Akteure – wie der Hamas – einem anderen Staat zuzurechnen, dürfen die notwendigen Verteidigungsmaßnahmen auch gegen diesen Staat gerichtet werden.

★

Verantwortlichkeit für terroristische Verbrechen in Israel

Fraglich ist daher, inwieweit die Palästinenser als Volk für terroristische Verbrechen verantwortlich gemacht werden können, die von palästinensischen Terrorgruppen wie der Hamas auf israelischem Boden verübt werden. Im vorliegenden Fall ist deshalb insbesondere fraglich, ob das palästinensische Volk im Gaza-Streifen überhaupt als Adressat des Selbstverteidigungsrechts Israels in Betracht kommt. Hier ist nämlich kein Dritter Staat betroffen, sondern die gewaltsame Auseinandersetzung beschränkt

sich auf den Staat Israel und das – nach Ansicht Israels: angreifende – palästinensische Volk. Im Gegensatz dazu gibt es bekanntlich den Staat Palästina noch nicht. Eine Verantwortlichkeit des palästinensischen Volkes für entsprechende Taten hängt also davon ab, ob man ihm Verbrechen, wie die der handelnden Terrorgruppe Hamas, zurechnen kann. Für eine Zurechnung der jüngsten Raketenangriffe spricht die Regierungsübernahme der Hamas.

★

Israels Rolle als Besatzungsmacht

Als Besatzungsmacht unterliegt Israel allerdings besonderen Bedingungen, die eine Berufung auf das Selbstverteidigungsrecht fragwürdig erscheinen lassen. Das Besatzungsrecht, vor allem die Bestimmungen der Art. 43 ff. der Haager Landkriegs Ordnung, überträgt die Verantwortung für die öffentliche Sicherheit und Ordnung in einem besetzten Gebiet der Besatzungsmacht. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit gehört selbstverständlich auch die Verhinderung terroristischer Verbrechen innerhalb und außerhalb des Besatzungsgebiets. Auf terroristische Anschläge, die zunächst einmal als kriminelle Verbrechen anzusehen sind, darf die Besatzungsmacht lediglich mit polizeilichen und strafrechtlichen Mitteln reagieren. Auf das Selbstverteidigungsrecht kann sich Israel auch dann nicht stützen, wenn es militärisch gegen palästinensische Terrorgruppen vorgeht, die aus den besetzten Gebieten heraus Anschläge in Israel verüben. Israel hat den Gaza-Streifen 2005 zwar einseitig ge-

räumt, das Gebiet wird jedoch vor allem angesichts der vorbehaltenen Kontrolle des Seewegs und des Luftraums weiterhin faktisch von Israel kontrolliert. Trotz gegenteiliger Vereinbarungen, des bis zum 19. Dezember 2008 geltenden Waffenstillstandsabkommens mit der Hamas, hat Israel, seit Juli 2007, zudem eine völkerrechtswidrige Blockade des Küstenstreifens verhängt.

Das Selbstverteidigungsrecht ist konsequenterweise auf diejenigen Fälle zu begrenzen, in denen ein bewaffneter Angriff von außerhalb erfolgt. Übt ein Staat jedoch als Besatzungsmacht die effektive Herrschaftsgewalt über ein fremdes Gebiet aus, so sind etwaige bewaffnete Angriffshandlungen nicht als Angriffe „von außen“ zu qualifizieren. Israel handelte also nicht in Selbstverteidigung. Zu den massiven Militäraktionen war Israel im Gaza-Streifen daher nicht berechtigt. Es durfte jedoch die Fertigung und den Abschuss von Raketen auf Städte im Süden des Landes – auch gewaltsam – unterbinden.

Humanitäres Völkerrecht

Selbst wenn ein Selbstverteidigungsrecht auf Seiten Israels bestünde, liefert dieser Umstand keinesfalls eine Totalermächtigung zum Gegenschlag. Der Kriegszustand ist kein rechtsfreier Raum. Gerade im bewaffneten Konflikt bedarf es einer rechtlichen Disziplin, damit ein Minimum

★

Grundsatz der Verhältnismäßigkeit

Es steht damit nicht im freien Belieben des angegriffenen Staates darüber zu entscheiden, welche Art der Gegenmaßnahmen er für angemessen hält. Das Gebot der Verhältnismäßigkeit ist stets zu beachten. Dies bedeutet, dass Selbstverteidigung nach Art und Umfang nicht in unangemessener Weise über den Angriff, zu dessen Abwehr sie dient, hinausreichen darf. Genauso wenig darf ein angenommenes Selbstverteidigungsrecht zum Anlass genommen werden, bloße militärische Strafmaßnahmen vorzunehmen.

Das Hohe Kommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte erließ am 13. Januar 2009 eine Resoluti-

★

Mögliche völkerrechtliche Konsequenzen

Die Tatsache, dass Israel Kriegsverbrechen begeht und das Völkerrecht bricht, ist unter Völkerrechtlern unumstritten. Wie die internationale Gemeinschaft auf diese Verbrechen reagieren soll, ist allerdings fraglich. Über den UN-Sicherheitsrat wird es keine „harte“ Resolution geben – dies wissen die USA mit ihrem Veto zu verhindern. Die UN erweist sich in diesem Falle einmal mehr als zahnlöser Tiger, und dem Internationalen Strafgerichtshof sind die Hände gebunden – Israel hat die völkerrechtlichen Statuten nie ratifiziert. Als letzter Ausweg

★

Fazit

Israel konnte sich in der Vergangenheit sowohl während seiner anhaltenden menschenverachtenden Besatzungspolitik, der anhaltenden Praktizierung gezielter Tötungen als auch während des Libanon- und nun des Gaza-Kriegs immer wieder über geltendes Völkerrecht folgenlos hinweg setzen. Dies war möglich, weil es sich dem politischen, finanziellen und militärischen Beistand der USA stets sicher sein konnte. Die USA hat als Vetomacht im Sicherheitsrat mit ihrer Blockadehaltung immer wieder verhindert, dass Israel wegen anhaltender Missachtung der Regeln der UN-Charta, darunter auch scharfen Resolutionen des Sicherheitsrats selbst, mit Zwangsmaßnahmen aus Kapitel VII der Charta belegt worden ist. Die Militäraktionen Israels in Gaza verletzen nicht nur einfach das (humanitäre) Völkerrecht. Sie zerstören die

an Humanität erhalten bleibt. Zwar ist Israel nicht Vertragspartei der Haager Landkriegsordnung von 1907 (HLKO), jedoch binden deren Regeln den Staat völkerrechtlich.

on, die Israel „massive Verletzungen der Menschenrechte“ vorwirft. Israel werden darin folgende Kriegsverbrechen zur Last gelegt: Nichteinhaltung des Verbots von Angriffen auf die Zivilbevölkerung; Gebrauch von schlagkräftiger Munition in Wohngebieten, die vorsätzlich hohe zivile Opferzahlen provozierten; Einsatz verbotener Waffen, wie bspw. Phosphorgranaten; Angriffe auf medizinische Versorgungseinrichtungen; das Töten einer großen Anzahl von Polizisten, die keine militärische Funktion innehatten; Verletzung der Pflicht, humanitären Organisationen Zugang zu den Opfern zu gewähren.

bliebe der Generalversammlung die Einrichtung eines Ad-hoc-Tribunals, wie es beispielsweise in den Fällen Ex-Jugoslawien und Ruanda geschehen ist. Nach Art. 22 der UN-Charta hätte die Generalversammlung die Macht, eine solche Unterorganisation zu gründen. Auch wäre es denkbar, dass die Generalversammlung den IGH um ein Gutachten zur Klärung von einschlägigen Fragen ersuchen würde. Dafür müsste allerdings der politische Wille vorhanden sein, und es ist mehr als fraglich, ob die USA so viel „politischen Willen“ dulden würden.

Bedingungen einer Verrechtlichung der internationalen Beziehungen und damit die Voraussetzungen jeder rechtlichen Koexistenz von Staaten. Israel muss anerkennen, dass die von ihm gewählte Art der Beantwortung solcher Anschläge in Gestalt von Bombardements gegen unschuldige Palästinenser und deren Eigentum, den Boden für immer neue Anschläge bereitet. Der individuelle Terrorismus ist in Palästina nicht dadurch zu bekämpfen, dass ihm staatlicher Terrorismus seitens Israels entgegengesetzt wird. Ihm kann letztlich nur dadurch begegnet werden, dass seine Ursachen beseitigt werden. Sie liegen nicht zuletzt in der durch den Besatzungszustand bedingten Erniedrigung eines ganzen Volkes, das wie in einem großen Gefängnis gehalten wird.

Gegossenes Blei gegen menschliche Schutzschilde

Mehr als 1300 Tote, 100.000 Menschen ohne Obdach. Das ist die traurige Bilanz der dreiwöchigen israelischen Mission „gegossenes Blei“ im Gazastreifen. Kein Erklärungsversuch mindert das unbeschreibliche Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung, das sich auch nach Ende der Kampfhandlungen noch lange Zeit hinstrecken wird. Auf den ersten Blick ist der Verantwortliche schnell gefunden. Schon allein die asymmetrische Verteilung der Opfer auf israelischer und palästinensischer Seite lässt Vergleiche mit Steine werfenden Kindern, denen israelische Panzer gegenüber stehen, laut werden. Aber Raketen sind keine Steine. Und die Hamas ist kein Zusammen-

schluss harmloser Kinder.

Im Folgenden möchte ich nicht rechtfertigen oder entschuldigen. Von Israel begangene Kriegsverbrechen müssen aufgedeckt und geahndet werden. Dennoch möchte ich den Versuch unternehmen, eine israelische Perspektive zu zeichnen, die in europäischen Medien wenig wahr genommen wird. Für diesen Artikel habe ich israelische Freunde gebeten, mir ihre Sichtweise zu schildern. Ich möchte ihre Gedanken, Gefühle und Meinungen weitergeben, wenn auch einige Fakten, wie z.B. die Vorgehensweise der israelischen Armee, für mich nicht nachprüfbar sind.

★

Erklärtes Ziel der israelischen Angriffe der letzten Wochen war nicht die palästinensische Zivilbevölkerung, sondern die Hamas. Die Wahlen zum palästinensischen Legislativrat 2006, die diese Organisation klar für sich entschied, waren weitgehend demokratisch. Die Hamas ist es nicht. Sie erkennt das Existenzrecht Israels nicht an. Im Gegenteil: sie verbreitet extrem antisemitisches Gedankengut und ruft selbst im Kinderfernsehen zur Zerstörung Israels auf, um zwischen Jordan und Mittelmeer einen islamischen Staat zu errichten. Fernziel ist die Errichtung einer islamischen Gesellschaftsordnung in der ganzen Welt. Mittel zur Erreichung dieses Zieles sind unter anderem Selbstmordattentate gegen die israelische Zivilbevölkerung und der Abschuss von Raketen auf israelische Städte.

Unter diesen Gesichtspunkten ist es verständlich, dass Israel auch nach der Räumung der Siedlungen und dem Abzug aus dem Gazastreifen 2005 dessen Grenzen kontrolliert, auch wenn das aufgrund der Größe des Gebietes (etwa 45km lang, 10 km breit) und seiner absoluten Abhängigkeit von Israel problematisch ist.

Nachdem vor einem guten halben Jahr ein Waffenstillstand zwischen Ägypten und Israel ausgehandelt worden war, schlugen weiterhin – geduldet von der Hamas – jeden Tag Raketen in Sderot und anderen israelischen Städten ein. Und ihre Reichweite nimmt zu. Zwar forderten die Raketen im Verhältnis zu ihrer Anzahl relativ wenige Todesopfer auf der israelischen Seite, der psychische Schaden ist dagegen groß. Die meisten Menschen in den betroffenen Städten sind stark traumatisiert.

★

Kritiker Israels äußern den Vorwurf, es mangle der israelischen Reaktion an Verhältnismäßigkeit. Aber lassen sich die Toten auf beiden Seiten miteinander „ins Verhältnis setzen“? Und wie könnte eine „verhältnismäßige“ Reaktion auf den Beschuss durch mehr als 10.000 Raketen, die innerhalb der letzten acht Jahre 23 Todesopfer forderten, aussehen? Wer Verhältnismäßigkeit fordert, muss sich außerdem mit den historischen und geographischen Verhältnissen im Mittleren Osten auseinandersetzen. Israel ist klein. Etwa so groß wie Hessen. Während der sechzig Jahre nach seiner Gründung war sein Bestehen, umringt von ihm feindlich gesonnenen arabischen Staaten, nie eine Selbstverständlichkeit. Das Gefühl der existentiellen Bedrohung und das Wissen, dass das eigene Überleben in der Vergangenheit der Stärke der Streitkräfte zu verdanken war, prägen die israelische Gesellschaft. *Israel Defense Forces* – so nennt sich die israelische Armee. Und ihrem Selbstverständnis nach ging es bei dem Einsatz im Gazastreifen um eben dies: Selbstverteidigung.

Bei ihren Einsätzen unternimmt die israelische Armee jedoch verschiedene Anstrengungen, zivile Opfer zu vermeiden. Trotzdem kamen bei den Angriffen viele Unbeteiligte ums Leben – Einschätzungen der UNO zufolge etwa 25%. Auch wenn jedes dieser Opfer eines zu viel ist, so widerlegt dieser Befund doch den Vorwurf, Israel würde wahllos die Bevölkerung des Gazastreifens unter Beschuss nehmen.

Zudem wird der Begriff „Zivilist“ im Falle des Gazastreifens unscharf verwendet. Eine Stärke der Hamas ist, dass sie aus der Zivilbevölkerung heraus agiert. Kinder werden zu Selbstmordattentätern trainiert. Mit Beginn der israelischen Angriffe legten die Hamas-Kämpfer ihre Uniformen ab und mischten sich unter die Zivilbevölkerung. Palästinensische Zivilisten werden von der Hamas gezielt als Schutzschild eingesetzt, mit dem Wissen, dass viele von diesen dadurch umkommen werden. „Hamas has created a win win situation – if Israel tries to respect places of worship, schools, etc., then Hamas has safehouses within to store weapons and hide terrorists, who have no other purpose but to kill more Israeli citizens. If

Das mag angesichts der Verwüstung die die IDF in dem winzigen Landstrich hinterlassen hat, absurd klin-

Israel reluctantly fires back, then Hamas, who care little about the lives of their own civilians, has the bloody pictures it wants to show the world, and influence opinion.“ So beschreibt ein Freund die Zwickmühle, in die die Hamas Israel hineinmanövriert hat.

Eine nichtmilitärische Alternative hätte nach israelischer Überzeugung auf lange Sicht noch mehr Opfer auf beiden Seiten gefordert. Die Mutter eines Freundes fasst das Dilemma folgendermaßen zusammen: „I cry for the women and children in Gaza, my stomach turns to see

the destruction. I would have loved to help them build good productive lives the way I have in Israel. But I don't know of any method to separate the Hamas fighters from the innocent civilians. The alternatives to this new kind of horrible war are worse. They include the continuous suffering of our civilian population and our non responding encouraging the widening of this phenomena as bombing our civilian towns becomes more and more legitimate in their eyes as time passes.“

★

Nach Eintreten der Waffenruhe erklärten beide Seiten, Sieger zu sein. Die Verlierer waren in letzter Zeit jeden Tag in der Tagesschau zu sehen. Bleibt zu hoffen, dass die israelische Rechnung aufgeht und die gemäßigten palästinensischen Kräfte gestärkt aus „gegossenes Blei“ hervorgehen. Das ist übrigens nicht so unwahrscheinlich, wie es klingen mag. Beim „Bruderkrieg“ nach der Machtergreifung der Hamas im Gazastreifen kamen über 200 Fatah-Aktivisten ums Leben und die Proteste gegen

den Gazakrieg aus der Westbank waren eher verhalten.

Abgesehen davon kann ich nur dem Autofahrer, der gestern an der Ampel vor mir stand, und dem Aufkleber auf seinem Kotflügel zustimmen: „All dies wird nur enden, wenn wir miteinander reden.“

Christa Seidenstücker hat Politik und Theologie in Heidelberg studiert und wohnt nach zahlreichen Besuchen seit dem Sommer 2008 in Jerusalem.

Michael Schiffmann

Ein schrecklicher Jahresausklang: Blutbad in Palästina

Das Jahr 2008 war noch nicht ganz zu Ende, als das israelische Militär am 27. Dezember 2008 mit dem massiven Bombardement eines der am dichtesten besiedelten Gebiete der Erde, nämlich des palästinensischen Gazastreifens begann. Innerhalb von weniger als 24 Stunden waren mehr als 200 Menschen tot, und die Nachrichten über die jüngsten Schrecken des Palästinakonflikts gingen um die ganze Welt.

Während ich dies schreibe, am 11. Januar, liegt die

Zahl der getöteten Palästinenser bei über 800, fast die Hälfte davon Frauen und Kinder, die Zahl der getöteten Israelis bei 10, drei davon Zivilisten. Bei Erscheinen dieser Zeitung werden diese Zahlen mit Sicherheit bereits veraltet sein und sich für die Palästinenser der Tausendergrenze genähert oder sie überschritten haben, während aufgrund der Bodenoffensive Israels und der Hamas-Raketen auf Israel auch mit weiteren Opfern unter den Soldaten und Zivilisten Israels zu rechnen ist.

★

Asymmetrie der Gewalt

Vorausgegangen war den Bombenangriffen und der Bodenoffensive Israels die Aufkündigung eines von Ägypten vermittelten halbjährigen Waffenstillstands zwischen Israel und der palästinensischen Regierung des Gazastreifens durch die palästinensische Regierungspartei Hamas am 19. Dezember.

Daher hat sich die Bundesregierung bemüht gesehen, Hamas zur allein schuldigen Partei in dieser neuerlichen Kriegsrunde zwischen Israel und den Palästinensern zu erklären (so Kanzlerin Merkel) und von Hamas die sofortige Einstellung ihres Raketenbeschusses von israelischem Territorium und von Israel „Zurückhaltung“ zu fordern (Außenminister Steinmeier).

Sind diese Reaktionen unserer höchsten Volksvertreter angemessen? Meines Erachtens nicht. Tatsächlich macht sich Deutschland mit seiner Haltung zu den Ereignissen in Nahost mitschuldig an Aktionen, die nach allen

gültigen internationalen Konventionen als Verbrechen definiert sind. Schon der oberflächlichste Blick auf die oben genannten Zahlen, die höchstens im Detail umstritten sind, zeigt, wie einseitig sich die Relation der Opfer auf beiden Seiten darstellt.

Das Verhältnis der Opfer auf palästinensischer und israelischer Seite beträgt achtzig zu eins. Mehr als 200 palästinensische Kinder wurden getötet (in Israel: 0), und mehr als hundert palästinensische Frauen (in Israel: 1), ein klarer Hinweis darauf, wer es hier ist, der hier systematisch die Zivilbevölkerung angreift.

Was hier passiert, ist letztlich kein Krieg (was schlimm genug wäre), sondern ein einseitiges Blutbad an einer praktisch wehrlosen Bevölkerung. Da viele selbst über die grundlegenden Parameter der Auseinandersetzung kaum etwas wissen, im Folgenden ein wenig Hintergrund.

Leben unter Besatzung

Es würde zu weit führen, hier die Gesamtgeschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts aufzurollen. Fakt ist, dass die drei Gebiete, von denen im Fernsehen so oft die Rede ist, Gazastreifen, Westjordanland und Ost-Jerusalem, besetzte Gebiete sind, in denen der israelische Staat über weit mehr als 3 Millionen Palästinenser herrscht, die de facto nicht über das verfügen, was Bevölkerungen auf der ganzen Welt als selbstverständlich ansehen, nämlich das Recht auf Selbstbestimmung. Zwar werden dort „Wahlen“ abgehalten, aber diese demonstrieren nur die Ohnmacht der Wählerinnen und Wähler: Wenn, wie in den weltweit als frei und fair anerkannten Wahlen von Februar 2006, die falsche Partei – in diesem Fall die Hamas – an die Macht kommt, erkennt Israel das Ergebnis nicht an und terrorisiert die Bevölkerung zur Vergeltung.

Genau das ist die Wurzel der gegenwärtigen Krise. Nachdem Hamas, deren Hochburg der Gazastreifen ist,

Der Weg in die jetzige Krise

Wie rechtfertigt die israelische Politik all das? Vor allem damit, dass Hamas eine reine Terrororganisation und nur auf die Vernichtung Israels bedacht sei. Aber während Hamas in der Vergangenheit in der Tat etliche grausame Terroranschläge gegen israelische Zivilisten verübt hat, hat sie diese seit Anfang 2005 praktisch eingestellt, um der Welt und Israel zu signalisieren, dass Hamas zu Verhandlungen bereit ist.

Leider zeitigte dieser „Weg der Vernunft“ wenig Erfolg. Während das Verhältnis getöteter Palästinenser und getöteter Israelis von 2000 bis 2004 etwa bei 3 zu 1 lag, liegt es seit 2005 bei 40 zu 1. Letzthin hat sich dieses Ungleichgewicht noch verschärft: Im gesamten Jahr 2008 bis zur Eskalation des Konflikts durch Israel am 27. Dezember wurde kein einziger Israeli getötet, aber dennoch töteten israelische Militärs allein im Westjordanland 45 Palästinenser, obwohl von dort gar keine Hamas-Aktionen gegen Israel ausgingen.

Warum all diese Zahlen, wo es uns doch um konkrete Menschen, ihr Leid und ihre Hoffnungen gehen sollte? Weil sie die grobe Unverhältnismäßigkeit aufzeigt, mit der hier von Seiten Israels vorgegangen und von westli-

Massive Kritik auch in Israel

In diesen Zeilen ist viel von „Israel“ die Rede; dabei darf aber nicht übersehen werden, dass dieses Israel selbst kein homogener Block ist. Die gewaltige Asymmetrie der gegenwärtigen Gewaltausübung hat auch in Israel heftige Diskussionen und beträchtlichen Widerstand gegen die derzeitige Regierungspolitik ausgelöst. So war laut einer Umfrage der größten Tageszeitung Israels, Ha'aretz, bei Beginn der Bombardierung des Gazastreifens fast die Hälfte aller Israelis (48%) gegen diesen Schritt, und kurz

die Wahlen gewonnen hatte und es Mitte 2007 zu einem Zerwürfnis der im Westjordanland dominierenden Partei Fatah und Hamas gekommen war, verhängte die israelische Regierung zur Unterstützung der ihr genehmeren Partei – Fatah – eine Wirtschaftsblockade über den Gazastreifen, deren Folgen immer verheerender wurden, seit November 2008 eskalierten und erst jüngst von der hohen UN-Beamtin Mary Robinson als „humanitäre Katastrophe“ bezeichnet wurden.

Konkret hieß das: Da der Gazastreifen als rohstoffarmes und überbevölkertes Gebiet auf regen Austausch mit der Außenwelt angewiesen ist, brach die Wirtschaft zusammen und die Arbeitslosigkeit stieg auf über 50 Prozent; erst wöchentlich und schließlich täglich starben alte Menschen an Erschöpfung, Kinder an Unterernährung und Kranke an Mangel an Versorgung und Medikamenten, bis Ende 2008 eine Situation eingetreten war, in der ein völliges Desaster drohte.

cher Seite das Szenario bewertet wird.

Wie gerade skizziert sah die Lage aus, als die gewählte Regierungspartei Hamas im Gazastreifen am 19. Dezember ihren „Waffenstillstand“ mit Israel auslaufen ließ und begann, israelische Grenzgebiete mit Raketen zu beschießen. Ihre Forderungen: Tatsächliche Einhaltung des oben erwähnten, durch Ägypten vermittelten Waffenstillstandes durch Israel (das bereits im Anfang November 2008 sechs Hamas-Mitglieder im Gazastreifen getötet und ihn damit bereits als erstes gebrochen hatte) und Aufhebung der immer unerträglicheren Wirtschaftsblockade des Gazastreifens, an der täglich Menschen zugrunde gingen.

Der erneute Raketenbeschuss der israelischen Grenzgebiete durch Hamas ist sicherlich ein zu verurteilender und unmoralischer Akt, auch wenn in den acht Tagen zwischen Beginn des Beschusses und der massiven israelischen Militäraktion niemand getötet oder verletzt wurde. Doch im Vergleich zu dem, was wir jetzt von Seiten der Regierung Israels sehen, war Hamas' Reaktion auf die Tötung der palästinensischen Aktivisten im November und die darauf folgende Verschärfung der Wirtschaftsblockade geradezu irrelevant.

darauf sprachen sich sogar 83% gegen eine Bodenoffensive aus, die die Regierung dann dennoch unternahm.

Zehntausende auch jüdische Israelis haben gegen die Politik ihrer Regierung demonstriert, und am 7.01. rief die israelische Soldaten- und Reservistenvereinigung *Resist* mit einer Zeitungsanzeige dazu auf, eine Beteiligung am Einsatz im Gazastreifen zu verweigern. Inwieweit diese Kritik und dieser Widerstand die israelische Regierung zum Einlenken bewegen kann, bleibt abzuwarten.

Wir sind verantwortlich

Während die Bevölkerung des Gazastreifens von der israelischen Militärmaschinerie massakriert wird, während fast die Hälfte der Hunderten von Opfern Frauen und Kinder sind, während der überwiegende Anteil der anderen Opfer kein legitimes militärisches Ziel darstellt, sondern schlicht aus Männern besteht, die in der zivilen Infrastruktur arbeiten oder überhaupt nichts mit Hamas zu tun haben – während all dies vor den laufenden Kameras der Weltmedien stattfindet, sehen die westlichen (und auch die östlichen!) Regierungen zu und rühren keinen Finger.

Die US-Regierung, die Israel mit etlichen Milliarden US-Dollar jährlich unterstützt, erklärt Israel für schuldlos. Die EU, die Sonderhandelsbedingungen mit Israel ausgehandelt hat, schlägt sich auf die Seite Israels und sieht dem Massaker dieses Staats an Zivilisten tatenlos zu. Und Deutschland, das in den letzten Jahren hoch subventioniert Waffenmaterial im Wert von über einer Milliarde Euro an Israel geliefert hat, erklärt Israel für unschuldig am gegenwärtigen Blutbad, bei dem es lediglich „Zurückhaltung“ anmahnt. Wieviel Zurückhaltung, Herr Steinmeier? Statt 225 Toten wie am 27. Dezember nur 125 Tote pro Tag?

Angesichts dessen, was jetzt geschieht, müssen meines Erachtens zwei Dinge klar gesagt werden:

Die Schuld am Tod der vielen, die jetzt vor unseren Augen sterben, tragen diejenigen, die sie töten, nicht irgendwer sonst. Die israelische Regierung muss ihre Angriffe auf den Gazastreifen sofort einstellen und die Wirtschaftsblockade vollständig aufheben.

Nach internationalem Recht haben staatliche Mächte, die fremde Territorien unter Besatzung zu halten, wie Is-

rael den Gazastreifen, Ostjerusalem und das Westjordanland, gegenüber der besetzten Bevölkerung keine Rechte, sondern nur Pflichten, deren erste ist, die Besatzung so schnell wie möglich zu beenden. Das ist der einzige Weg zu einem gerechten und dauernden Frieden auf der Basis der Anerkennung Israels durch die Palästinenser und des palästinensischen Rechts auf einen lebensfähigen eigenen Staats durch Israel.

Ein Drittes betrifft nicht andere, sondern uns selbst. Unterstützung für die Besatzungspolitik Israels und die gegenwärtig von ihm verübten Gräueltaten kommt nicht nur von den anderen weltweit „wichtigen“ Regierungen und Institutionen wie den USA und der EU, sondern auch von unserer eigenen Regierung.

Geistig muss unsere erste und wichtigste Aufgabe, wie immer, sein, zu verstehen, was tatsächlich geschieht und welche Rolle wir darin selbst als Land und Staat, vor allem aber als Bürgerinnen und Bürger dieses Landes und Staates einnehmen.

Da ich zu dem Schluss komme, dass unsere Regierung in Wort und Tat aktive Beihilfe zu Mord und Unterdrückung in Palästina leistet, besteht unsere wichtigste praktische Aufgabe meiner Meinung nach darin, die Bundesregierung zur Beendigung dieser einseitigen Politik zu bewegen.

Quellen: www.zmag.org/znet, www.btselem.org/index.asp, www.gush-shalom.org, www.ifamericansknew.org, www.transnational.org

Michael Schiffmann lehrt Linguistik und Kulturwissenschaft am Anglistischen Seminar der Universität Heidelberg und ist Übersetzer, Herausgeber und Mitarbeiter etlicher Bücher zu nahöstlichen Themen, zuletzt *Einsteine on Israel and Zionism* (New York 2009).

Kazimir Menzel

Im Vertrauen...

Jedes Mal, wenn es zu Konfrontationen zwischen den Israelischen Verteidigungstreitkräften (IVS) und der Hamas kommt, richtet sich die öffentliche Meinung auf das Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung. Der öffentliche Diskurs wird zunehmend blinder für die anderen Aspekte dieses Konflikts. Die Folgen für die Wahrnehmung des Konfliktes sind frappierend: EIN Aggressor – die Israelis (!) – greift unverhältnismäßig eine unschuldige Zivilbevölkerung – DIE Palästinenser – an, um einen Gegner – DIE Hamas – zu treffen, der völlig unabhängig von ihr agiert und existiert. Das so entstandene Bild wirkt wie eine Linse, durch die alle israelisch-palästinensischen Interaktio-

nen der jüngeren Vergangenheit verzerrt werden und so zur einseitigen Verdammung Israels beitragen. Zwar wird die Hamas nicht geliebt, aber häufig mit dem Verweis auf die eingeschränkte Wahlfreiheit infolge ihrer Unterlegenheit entschuldigt. Verstärkt wird diese Einseitigkeit dadurch, dass zwar israelische Einzelaktionen (eine Kampagne, eine Operation, eine unglückliche verlaufene Sicherheitskontrolle, etc.) in den Blick von Berichterstattung und Kritik geraten, auf Seiten der Palästinenser allerdings nur die aktuelle Gesamtsituation, nicht die einzelnen Akteure und Aktivitäten beachtet und außerdem in die Vergangenheit bis zur Besetzung von Cisjordanien, Ostjerusalem und Gaza-

streifen im 6-Tage-Krieg projiziert wird. Es folgt eine Geschichte von klarem Unterdrücker und seit Jahrzehnten leidender Bevölkerung. Oft wird dabei vergessen, dass noch bis vor wenigen Jahren fast alle Palästinenser Zugang zum israelischen Arbeitsmarkt, zu israelischen Sozialleistungen und zu anderen Sphären israelischen Lebens hatten. Es war genauso wenig der Wunsch der Israelis wie der Palästinenser, hinter einem Zaun zu leben und mit Raketen beschossen zu werden. Die Wahl Ehud Baracks und die Abwahl Netanjahus im Jahre 1998 wiesen eine eindeutige Richtung der israelischen Politik aus. Mit Beginn der Zweiten Intifada änderte sich das rapide: ein immer stärker (durch eigene Korruption diskreditierter) Arafat nutzte die erste Gelegenheit, von eigenen Fehlern abzulenken. Anders als im Zuge der Ersten Intifada wurde bewusst die israelische Zivilbevölkerung Ziel der, wenn nicht gemeinsam, so doch im Einklang mit der Hamas geführten Angriffe. Nach innen sollte die Hamas integriert, nach außen als Spitzbube präsentiert werden. Der Schwenk kam erst, als sich weder Israelis noch Palästinenser hinters Licht führen ließen. Der Schaden war jedoch bereits getan. Die Israelis hatten ein weiteres Mal erfahren müssen, dass ihr Vertrauen missbraucht wurde. Die palästinensische Bevölkerung wur-

de durch die Gegenmaßnahmen (Aussperrung aus Betrieben infolge der hohen Opferzahlen bei Selbstmordanschlägen am Arbeitsplatz) und ihre direkten Folgen (Versiegen des Einkommens und Armut) weiter radikalisiert und begannen sich immer mehr hinter die Hamas zu stellen. Ganz genauso wie die Israelis im gleichen Zuge sich dem „Falken“ Sharon zuwandten. Als schließlich (nach unseren Standards!) demokratische Wahlen stattfanden, entschieden die Palästinenser einmütig und nirgends einmütiger als im Gazastreifen, den Weg der Gewalt weiterzugehen – untereinander und gegen die israelische Zivilbevölkerung. Angebote zur Entspannung der Lage wurden regelmäßig für diese kurzsichtige Politik ausgenutzt. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn den Israelis mittlerweile das Vertrauen in die Palästinenser als Verhandlungspartner fehlt. Dies und nicht die (scheinbar) unvereinbaren Positionen der Konfliktpartner oder die ökonomische Situation im Gazastreifen sind die tiefliegenden Ursachen auch der aktuellen Eskalation. Die Mitschuld der palästinensische Zivilbevölkerung an der Zerstörung dieses Vertrauens darf nicht in Vergessenheit geraten, will man ein wirklich kritisches und faires Bild des Nahostkonflikts haben.

Kazimir Menzel studiert Politikwissenschaft
in Heidelberg

Ilke Kiral

Israels Furcht vor der eigenen Bevölkerung

Der Krieg gegen die radikal-islamische Hamas in Gaza hat die israelische Gesellschaft erneut in zwei Lager gespalten. Die Rede ist hier jedoch nicht von den israelischen Kriegsbefürwortern und Kriegsgegnern, die es entgegen anti-israelischer Meinungen natürlich auch gibt, sondern von jüdischen Israelis und arabischen Israelis. Der innergesellschaftliche Konflikt ist zwar nicht neu, aber durch den Krieg in Gaza um einiges verschärft worden. Dass das israelische Wahlkomitee neulich auf Verlangen des Parlaments die beiden arabischen Parteien „Ta'al“ und „Balad“ von der Knessetwahl im Februar ausgeschlossen hat, führte auf israelischen Internetseiten zu lebhaften Diskussionen über Israels Gesellschaft und

Demokratie. Anders als im Jahr 1988, als das Parlament die ultra-rechte Kach-Partei des Rabbiners Meir Kahane ausgeschlossen hatte, konnte der jetzige Ausschluss nicht eindeutig mit der Staatsfeindlichkeit der arabischen Parteien begründet werden. Laut einer Gesetzesänderung im Jahr 2008 reichte nun lediglich die Reise israelischer Abgeordneter in „feindliche Länder“ als Begründung aus. Auch wenn Israel über einen funktionierenden Rechtsstaat verfügt und Urteile somit vor dem Obersten Gerichtshof angefochten werden können, stellt sich hier die Frage, ob das Gesetz nicht auf arabische Israelis zugeschnitten ist.

★

Laut der Vereinigung für Bürgerrechte in Israel (ACRI) ist die Diskriminierung auf legislativer Ebene nur ein Aspekt der Ungleichheit zwischen jüdischen und arabischen Israelis. In ihrem Bericht über die Lage der Men-

schenrechte in Israel 2008 listet die Vereinigung schwere Benachteiligungen für die arabisch-israelische Bevölkerung auf. Dabei zählen der restriktive Landerwerb für arabische Israelis und die Benachteiligung arabisch domi-

nierter Stadtteile zu den Hauptproblemen. Die rasant wachsende arabische Bevölkerung, die sich seit der Staatsgründung 1948 versiebenfacht hat und heute ungefähr 20% der gesamten Bevölkerung beträgt, steht vor dem Problem der Wohnungsknappheit. Der Bau illegaler Häuser aufgrund nicht erteilter Genehmigungen und der anschließend drohende Abriss durch die israelischen Be-

★

Israels Diskriminierungspolitik gegenüber ihrer eigenen Bevölkerung ist im Hinblick auf diese Tatsachen alarmierend. In wie weit die Bewahrung des jüdischen Charakters des Staates und die Demokratie, d.h. in diesem Fall die Gleichbehandlung aller Bevölkerungsteile, sich reiben oder sogar unvereinbar sind, kann an dieser Stelle nicht befriedigend beantwortet werden. Jedoch sollten es die jüdischen Israelis keinesfalls zulassen, dass ihre Furcht vor dem arabischen Bevölkerungswachstum und ihr Misstrauen gegenüber arabischen Israelis die Demokratie, in einem schleichenden Prozess aushöhlt. Die Politik ist leider weit entfernt von einer faktischen Gleichbehandlung arabischer Israelis. Wenn israelische Politiker wie Tzipi Livni im Wahljahr vorschlagen, arabische Israelis im

hörden bilden einen Teufelskreis. Ebenso lassen in arabisch dominierten Stadtvierteln die zum Teil fehlende Infrastruktur und die vom Staat vernachlässigten öffentlichen Institutionen, Schulen und Sozialeinrichtungen eine systematische und institutionelle Diskriminierung deutlich erkennen.

Falle einer Staatsgründung Palästinas umzusiedeln, zeigt dies leider nur zu deutlich, wie wenig israelische Politiker dazugelernt haben und wie verantwortungslos sie sich gegenüber eines Fünftels ihrer Bevölkerung äußern. Bleibt nur zu hoffen, dass der andere Teil der politisch aktiven israelischen Gesellschaft die extreme Gefahr der Diskriminierungspolitik erkannt hat und die Initiative ergreift, so dass sich eines Tages auch das arabische Dorf Rahat an der Grenze zum Gazastreifen in öffentlichen Schutzbereichen gegen Raketenangriffe in Sicherheit bringen kann, was in Rahat bis heute nicht der Fall ist.

Ilke Kiral studiert Politikwissenschaft und Islamwissenschaft in Heidelberg.

Caspar Battegay

Eyes wide shut

Wer von Jericho, eine der ältesten urbanen Siedlungen des Planeten, 250 Meter unter dem Meeresspiegel, nach Jerusalem reist, überwindet nicht bloß etwa 1000 Höhenmeter und ein paar Dutzend Kilometer. Der Reisende muss einen Grenzposten an der Mauer passieren, die quer durch Judäa und Samaria, durch die so genannte Westbank, durch Palästina verläuft. Er muss sich anstellen zusammen mit Männern, verschleierten Frauen und Kindern, vor allem unzähligen redenden, spielenden, weinenden, sich quirlig bewegenden Kindern und warten, bis eine grüne Lampe anzeigt, dass wieder zehn oder zwanzig Menschen durch die Drehgitter gehen können. Was sich mir dort vor allem eingepägt hat, ist das Bild der Kinder, die sich – um Zeit zu sparen – zu zweit und zu dritt durch die knatternden Drehgitter zwängten. Die israelischen Soldaten, die unsichtbar hinter Panzerglas saßen und nur manchmal durch Lautsprecher zu vernehmen waren, tolerierten lässig diese kleinen Verstöße gegen die Regel. Es war kurz nach dem zweiten Libanon-Krieg 2006 in der Zeit zwischen Rosch HaSana und Jom Kippur, den höchsten jüdischen Feiertagen und man hatte Angst. Warten ist langweilig und zwei Ausländer fallen auf. Also begannen die Umstehenden uns auszufragen und von sich zu erzählen. Nach einer Weile sprach nur noch ein Mann mit uns. Ich erinnere mich noch sehr gut an ihn, vielleicht Ende dreißig, gutaussehend und ge-

pfligt, er sprach gut Englisch. Obwohl ich gelernt hatte, im Nahen Osten Gespräche über Politik und Religion zu vermeiden, kam die Unterhaltung bald auf die „Situation“ – wie Israeli und Palästinenser in seltener Einigkeit den Konflikt nennen. Er hatte eine Lösung parat: „The Jews have to leave – Die Juden müssen gehen.“ Darauf hatten weder mein Reisebegleiter noch ich eine Antwort. Wie er sich das vorstelle? Das wollte er nicht sagen, bloß: Die Juden müssen gehen. Ich weiß nicht mehr genau, ob das Gespräch damit abbrach, wie lange wir noch in der Reihe standen oder ob wir gleich an der Reihe waren, durch die Drehgitter auf die andere Seite zu gehen, wo auf einem staubigen Schotterplatz arabische Taxis und Busse standen. Aber dieser Satz verließ mich seither nicht. Dieser intelligente und anscheinend moderne Mann schien trotz seiner offenen Augen vollkommen blind zu sein für das, was vor seinen Augen lag: Ein moderner Staat mit Einwohner, die kaum mehr nur Juden, sondern Israeli sind. Seine Antwort auf die Situation erinnerte mich an eine Landkarte von Europa und des Nahen Ostens, die ich einige Jahre vorher an der Wand eines Hotels in Akkaba in Jordanien gesehen hatte. Auf der Landkarte waren weder der Staat Israel, noch Tel Aviv oder einer sonstige israelische Stadt eingezeichnet, nur die Städte Al Quds und Jaffa, imaginäre Orte einer arabischen Traumwelt. Blickte man aber neben der Karte aus

dem Fenster auf die reale Welt, sah man die Lichter von Elat, man war so nah, dass man die Discobeats und das Gelächter vom Strand beinahe hören konnte.

Umgekehrt hat ein Reisender, der einmal jenes reale Al Quds besucht, eben die Stadt Jeruschalajim, und dort einen Gang durch die Altstadt gemacht hat, vielleicht auch das weiße Plastik-Modell des biblischen Tempels gesehen, das unweit der Westmauer vor einer Jeschiwah ausgestellt ist, und nach dem sich einige besonders gläubige Juden den Wiederaufbau wünschen. Dieser Bau sollte genau an dieser Stelle in den Himmel ragen, an der nach muslimischer Vorstellung der Prophet in eben den

gleichen Himmel aufgefahren ist. Dort liegt bekanntlich der Felsendom. Seine goldene Kuppel ist das Wahrzeichen Jerusalems. Doch die Männer sehen trotz ihrer offenen Augen an ihrer Stelle nur ein Modell.

In der Levante scheint die Sonne grell und unbarmherzig. Auch wenn ihr Licht blendet und schmerzt, bleibt uns nichts anderes übrig, als die Augen aufzumachen und zu sehen, was es uns zeigt. Zu sehen, wer und was vor uns steht und uns anblickt.

Caspar Bategay ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hochschule für jüdische Studien in Heidelberg.

Michael Kolain

Stimmen des Nahen Osten Begegnungen eines Reisenden

Bedouin Village, Petra, Jordanien. Gerade bin ich mit einem Esel über Stock und Stein eine halbe Stunde hinauf zum Dorf der Beduinen geritten. Die Bewohner des Dorfes arbeiten alle im Tourismus der legendären Felsenstadt. Sie verkaufen Schmuck, bieten Kamelritte, Tee, Kutschfahrten, Wüstentouren, Handarbeit, Wasser und Reiseführer an. Vor der Moschee haben sich die Männer des Dorfes zusammengefunden und diskutieren, die Kinder spielen auf der Straße und die Frauen kaufen im Dorfladen mit Dollars ein. Plötzlich tritt ein älter Herr auf mich zu. „Osama bin Laden ist der Kalif!“ sagt er. Nur solche mutigen Männer wie bin Laden können es schaffen, die

nach Macht und Öl dürstenden Amerikaner aus der Region zu vertreiben. Die Diplomatie sei schon lange gescheitert. Zu oft wurde auf einen Wechsel der westlichen Politik gehofft. Zu oft gute Absichten vorgeheuchelt. Jetzt müssen die Imperialmächte mit entschlossener Gewalt aus dem Nahen Osten vertrieben werden. Zu lange seien Palästinenser getötet und gedemütigt worden, es sei an der Zeit sich zurückzuholen, was den arabischen Völkern weggenommen wurde. Der Mann beendet seine Rede und schaut mich herausfordernd an. Ich verabschiedete mich höflich, bei meinen Gastgebern wartet die traditionelle jordanische maqluba.

★

Beirut, Libanon. Hussein treffe ich in einer der Hisbollah-Hochburgen. Er sitzt auf einer Mauer im Schatten und isst Sonnenblumenkerne. Neben ihm steht ein Schild mit einem Foto seines besten Freundes. Der wurde letzte Woche im Häuserkampf der rivalisierenden Gruppen von einem Scharfschützen getötet. Es geht um die Herrschaft über Vororte von Beirut zwischen militanten Gruppen der christlichen, alevitischen drusischen, schiitischen und sunnitischen Gruppen. Hussein unterstützt die Hisbollah. Sie haben die israelische Besatzung beendet. So konnten sie sich im Libanon einen Namen machen und politisch etablieren – auch wenn ihr ursprüngliches Ziel bis auf ein winziges Grenzgebiet schon längst erreicht wurde. Überall hängen Bilder von Hisbollah-

Führer Hassan Nasrallah, der die Auslöschung Israels von der Landkarte fordert. Tagsüber sitzt Hussein im Schatten und vertreibt sich die Zeit. Immer wieder kommen Freunde vorbei und erzählen. Abends betrinkt er sich. Er hat keine Lust zu arbeiten, Geld bekommt er genügend von seinen Eltern, so sagt er. Woher die es haben, möchte er nicht sagen. Wenn Hisbollah ruft geht es raus in die Vororte, dann gibt es Action und Spannung. An solchen Tagen bricht Hussein aus seinem Alltag aus. Letzte Woche hat er seinen besten Freund verloren. Warum? Das kann er auch nicht so wirklich erklären. Vielleicht liegt es ja an seinem Englisch. Sein Leben geht nach unserem kurzen Gespräch weiter: Sonnenblumenkerne, Trinken, Häuserkampf.

★

Marriott Hotel, Amman, Jordanien. Die deutschen Ingenieure planen die Wasserversorgung für das Viertel Jabal al-Husseini. Durch ein ausgeklügeltes Druckmanagement-System sollen Wasserrohrbrüche und Lecks um über die Hälfte vermindert werden. Finanziert wird das Projekt vom jordanischen Wasserministerium und der deutschen gtz (Gesellschaft für technische Zusammenarbeit). Die

Ingenieure residieren im Fünf-Sterne-Hotel, während das zu planende Viertel kaum asphaltierte Straßen hat. In Jabal al-Husseini leben vor allem Palästinenser. Vor über vierzig Jahren hat es nach dem Sechstagekrieg als Flüchtlingslager angefangen. Der Krieg hat nie wirklich aufgehört, die Flüchtlinge kehrten nicht zurück und schufen sich hier kleine Behausungen. So entstand ein Vorortvier-

tel von Amman. Mittlerweile sind 70% aller Jordanier palästinensischer Abstammung. Jordanien war das einzige Land, das den Palästinensern eine neue Staatsbürgerschaft anbot. In den letzten Jahren kamen viele irakische Flüchtlinge und ägyptische Tagelöhner hinzu. Richtige Jordanier gibt es kaum noch. Die Menschen in Jordanien warten. Sie warten, bis der Krieg endlich vorbei ist. Vertrauen in die Politik haben sie großteils schon lange ver-

★

Damaskus, Syrien. Brandon sitzt in der Abendsonne auf der Dachterrasse des Backpacker-Hostels. Er liest ein Buch, legt es immer wieder nieder und schaut über die Dächer der Stadt. Er liebt es zu reisen. In Südostasien war er schon und in Südamerika. Am liebsten tourt er die Hälfte seiner freien Zeit und bleibt den Rest an einem festen Ort. Seine Reise führt ihn diesmal ins Westjordanland. Dort will er Englisch unterrichten und die Grenzübergänge beobachten. Zum Nahostkonflikt hat er eine klare Meinung. Er stellt sich gegen die weit verbreitete Anfangsformel vieler Debatten zum Thema: er ist der Meinung, dass Israel kein Existenzrecht hat. Historisch gesehen. Brandon ist jüdischer Abstammung, kann aber partout nicht verstehen, warum der jüdische Staat dort

errichtet wurde, wo vor 4000 Jahren einmal ein historisches Volk gelebt haben soll. Er kann nicht verstehen, warum das Territorium für den neuen Staat einfach freigebombt und die dort lebende Bevölkerung vertrieben wurde. Ein bisschen fürchtet er sich vor seiner eigenen Meinung. Denn sie verstellt im Prinzip eine pragmatische Lösung der momentanen Lage. Doch Brandon hält es wichtig zu differenzieren zwischen historischer Einschätzung und politischer Lösung der aktuellen Lage. An einer Zweistaatenlösung komme man auf Grund der historischen Entwicklung nicht mehr vorbei. In den nächsten Monaten will er sich ein eigenes Bild vor Ort machen und seine Thesen an der Realität messen.

★

Amman Beach, Totes Meer, Jordanien. Gerade hatte ich einen fünfminütigen Lachanfall, nachdem meine Beine wie ein Korken aus dem Wasser nach oben gehüpft sind und ich regungslos auf dem Rücken getrieben bin. Als die Hitze unerträglich wird und mir der Schweiß in die Augen läuft, gehe ich aus dem Wasser und schmiere mich mit dem heilenden, schwarzen Meerschlamme ein. Dabei komme ich mit Christie ins Gespräch. Sie ist Kanadierin und mit einem Palästinenser im Gaza-Streifen verheiratet. Seit Monaten versucht sie, zu ihm zu kommen. Sie wird nicht reingelassen. Bekommt nur mit, wie die Lebensmittel und Arzneimittel knapper werden. „Die Menschen im Gaza-Streifen werden ausgehungert und eingesperrt“, sagt sie. Die Familie ihres Mannes wird immer verzweifelter, manchmal wollen sie einfach nur fliehen: aber wohin? Ihre Heimat wollen sie auch nicht verlassen. Sonst würde Gaza ja ganz verschwinden. Christie will einfach in Frie-

den mit ihrem Mann leben, ihre Söhne sehen, doch sie kann es nicht und verharret weiter im Grenzgebiet und hofft auf eine Öffnung der Blockade und darauf, dass humanitäre Hilfe geleistet werden kann; dass das Elend endlich ein Ende hat. Sie kann gut verstehen, dass sich junge Männer militanten Gruppen anschließen. Sie kennen ja nur den Krieg. Ihre Nachbarn, auf die sie Raketen abfeuern, haben sie noch nie gesehen – außer in Kampfflugzeugen und Propagandavideos. Heute, ein halbes Jahr nach der Begegnung mit Christie am toten Meer kurz nach meinem Lachanfall, fallen Bomben auf Gaza, rücken israelische Truppen ein. Wo Christie mit oder ohne ihre Familie wohl gerade ist?

Michael Kolain studiert Jura in Heidelberg und bereiste im Sommer 2008 Jordanien, Syrien, Libanon und die Türkei.

Simon Dorner

Waltz with Bashir

Ein Mann erinnert sich nicht. Er weiß nicht einmal, dass es da etwas zu erinnern gäbe. Bis ein Freund ihm in einer stürmischen Nacht einen immer wiederkehrenden Alptraum erzählt. Einen Alptraum, der ihn 20 Jahre zurückversetzt. In eine Zeit, in der er als junger Soldat von seinem Land in den Krieg geschickt wurde. Kurz bevor sie in dieser Nacht auseinander gehen,

fragt ihn sein Freund: Und du, erinnerst du dich an die Zeit in Libanon? – Nein, meint der Mann zögerlich, nein, er erinnere sich nicht. Verwundert und nachdenklich reagiert er auf die soeben gewonnene Erkenntnis sich nicht an diese Episode seiner Jugendjahre erinnern zu können, verwundert und nachdenklich reagiert er vielleicht auch vielmehr auf den Umstand,

dass er sich selbst nie gefragt hat: Warum erinnere ich mich nicht?

Der Mann beginnt sich auf die Suche zu machen nach seiner verlorenen Erinnerung. Erinnerung an Dinge, an die man sich nicht erinnern möchte. Der Mann interviewt alte Bekannte und Freunde, die damals ebenfalls im Krieg dabei waren. Die Wenigsten erinnern sich deutlich. Und doch bewirkt das Fragen auch Erinnern. Ganz persönliche Erinnerungen junger Männer kommen ans Licht, Erinnerungen, die sich oft im Grenzland zwischen Wirklichkeit und Phantasterei bewegen. Erinnerungen, die bitter aufzeigen, dass da Kinder in einen Krieg geworfen wurden, von dem sie keine Ahnung haben. In

einen Krieg, der sie in jeder Hinsicht überfordert. Und immer wieder stellt sich der Mann die Frage: Wo war ich damals? Der drängende Wunsch sich auf der Landkarte fremder, traumatisierender Erinnerungen selbst zu eruieren. Und plötzlich ist sie da. Die eigene Erinnerung. Und schlägt ein mit der vollen Wucht wirklicher Bilder. Der Mann heißt Ari Folman und hat aus seiner Geschichte einen Film gemacht, der mehr ist als eine persönliche Verarbeitung des israelisch-libanesischen Krieges von 1982 ist: *Waltz with Bashir*.

Simon Dörner studiert Politikwissenschaft, Philosophie und Germanistik in Heidelberg und war für den UNiMUT im Kino.

Maja Tschumi

Eine Perspektive gewinnen: „I Might Die Before I Get A Rifle“

Der Kunstverein Heidelberg zeigt Werke von fünf libanesischen Künstlern, die sich mit dem (Bürger)Krieg im Libanon – mit dem Krieg als ‚Normalzustand‘ – auseinandersetzen. Eine sehenswerte Ausstellung mit politischem Anspruch.

Was kann es heißen, mitten im Krieg aufzuwachsen? Was kann es heißen, nicht zu jenen zu gehören, die über einen Krieg reden, sondern zu denen, die einen Krieg erleben? Was kann es heißen, seinem Bruder zum Geburtstag eine englische, deutsche, russische, französische, schweizerische oder amerikanische Patrone zu schenken?

Wir – wir nicht im Krieg Aufgewachsenen – können es vielleicht erraten. Vielleicht aber auch nicht. Unsere Wahrnehmung und unsere Auseinandersetzung mit Krieg und Kriegsgeschehen verläuft gewiss in ganz anderen Kategorien als für Menschen, die mit und im Krieg leben. Ein qualitativer Nachvollzug von ‚Kriegsalltag‘ ist uns verwehrt, sodass wir Kriege eher quantitativ nachzuvollziehen müssen: über die Anzahl der Toten, über besetzte oder verlorene territoriale Fläche oder über die Zahl der gefallenen Schüsse und Bomben. Unser Blick ist

ein Blick aus der Distanz.

„I Might Die Before I Get a Rifle“ ist eine Ausstellung im Kunstverein Heidelberg, die diesen anderen Blick zu vermitteln sucht. Ein Blick, welcher den Bürgerkrieg im Libanon aus nächster Nähe sieht und empfindet.

Solche Fragen nach Nähe oder Distanz, nach den Möglichkeiten eines Verständnisses oder einer Vorstellung von Krieg und ‚Kriegsalltäglichkeit‘, Fragen nach einem adäquaten Umgang, nach einem adäquaten Urteil und schließlich auch nach einer ‚wahren‘ Perspektive auf die Geschehnisse im nahen Osten, stellen sich seit dem Beginn des „Gaza-Krieges“ am 27. Dezember 2008 mit einer neuen und schrecklichen Brisanz. Die noch bis Anfang Februar laufende Ausstellung im Kunstverein ist ein in diesem Sinne schrecklicher, aber lehrreicher Zufall.

★

Die Ausstellung „I Might Die Before I Get a Rifle“ ist ein Projekt von Walid Raad mit Arbeiten von Farrid Sarroukh, Janah Hilwé, Maha Traboulsi, Hannah Mrad und Mhammad Sabra. Unter demselben Titel soll die Ausstellung 1989 in Alexandria gezeigt worden sein. Kuratiert von Marwan Baroudi. 2002 tauchten einige der damals gezeigten Arbeiten wieder auf, wurden nun aber nicht mehr den oben genannten fünf Künstlern zugeschrieben, sondern der „Atlas Group“ von Walid Raad. Johan Holten, seit 2006 Kurator des Kunstvereins Heidelberg, versuchte nun in Zusammenarbeit mit dem einflussreichen arabischen Kurator Marwan Baroudi die Ausstellung von 1989 unter dem gleichen Titel zu rekonstruieren.

Das Projekt einer Rekonstruktion von „I Might Die Before I Get a Rifle“ setzt sich nicht nur mit der Thematik des Krieges als ‚Normalzustand‘ auseinander, sondern auch mit der Frage nach einer/der arabischen Kunstszene. Neben der Vermittlung von Inhalten steht auch die Kunst als transkulturelles Medium zur Debatte. Wie kann Kunst vermitteln? Welche Beziehung besteht zwischen einer Kultur und einer/ihrer Kunstszene? Gibt es überhaupt verschiedene Kunstszene? Wo sind die Grenzen?

Begreift man das Schaffen von Kunstwerken ganz allgemein als die Auseinandersetzung mit der eigenen Umwelt und wagt die grobe These, dass Kunst für den Betrachter darin bestehe, Wahrnehmungsveränderung zu sein, so haben Ausstellungen unter anderem die Funktion

der Vermittlung von Normalitäts-, Alltags- und Umweltsverständnissen verschiedener Länder, Regionen und Kulturen.

In einem Interview lässt Johan Holten verstehen, die Begriffe „Wahrheit“ und „Authentizität“ wolle er in nächster Zeit behandeln. Politische und gesellschaftliche Aspekte sowie das Hinterfragen von visueller Wahrheit und unseren eigenen Wahrnehmungsstrukturen sind ihm ein zentrales Anliegen. Ein solches Kunstverständnis und dementsprechender Effort von Ausstellungsmachern

★

Die 82 großformatigen Fotoarbeiten wirken eindringlich. Auch wenn man den theoretischen und historischen Hintergrund der Arbeiten nicht kennt. Wie es der Titel schon sagt, ist das Hauptmotiv der Ausstellung die Waffe: der Umgang mit Waffen, die Herkunft und die Folgen von Waffen, die Hoffnung durch Waffen und die Angst vor Waffen. Die Vermittlung einer anderen, unbekannteren Perspektive funktioniert über die ästhetische Darstellung von Waffen. Dies allein löst schon Betroffenheit aus. Doch eine der fünf Arbeiten macht besonders betroffen: Fotografien sind auf die Hinterseite von mit gezeichneten Waffen bedrucktem Papier geklebt. Darauf sieht man verschiedene Gebäude. Schwarzweiß. Intakte und zerstörte. Die Bilder sind mit farbigen Punkten übersät, welche Einschüsse markieren sollen. Die Farben entspre-

★

Die Arbeiten im Rahmen der Ausstellung vermögen also nicht nur auf eine andere, fremde Perspektive aufmerksam zu machen, sondern auch auf die eigene. Man ist gezwungen, die eigene Perspektive zu überdenken.

Es ist zu erhoffen, dass die Ausstellung von möglichst viel Publikum besucht wird, gerade auch, um die Diskussionen über den Gaza-Krieg zu bereichern. Leider werde der Kunstverein noch zu wenig wahrgenommen von Studierenden, meint Johan Holten. Für ihn liegt ein Grund darin, dass es auch aufgrund des Stadtmarketings (das die Studierendeninteressen zu wenig beachtet) eine Kluft zwischen Studierenden und alteingesessenen Kultureinrichtungen gäbe. Doch der junge Kurator – so ver-

können einen wichtigen Beitrag zum politischen, gesellschaftlichen, emotionalen und sozialen Verständnis anderer Kulturen beitragen. So ist es denn auch ein erklärter Anspruch des Kunstvereins Heidelberg, neue Sichtweisen auf die Welt zu eröffnen, Dinge, die wir alltäglich erfahren, in ihren Koordinaten zu verschieben und so neu erlebbar zu machen. Die Ausstellung „I Might Die Before I Get a Rifle“ wurde diesem Anspruch mit Sicherheit gerecht.

chen den Markierungen auf der Munition, welche wiederum auf das Herstellerland verweisen. Und plötzlich sind wir in gewisser Hinsicht mitgemeint! Hundert auf dem Bild geklebte Punkte für Einschüsse von aus Deutschland gelieferter Munition. Unmut macht sich breit. Empfinden wir uns auch noch so fern von den Konflikten im Nahen

Osten, weil wir darüber entscheiden können, ob wir uns damit auseinandersetzen oder es ignorieren wollen, so gibt es da doch ein – ökonomisches – Netz, das uns mit den Geschehnissen im Libanon und auch im Gazastreifen verstricken. Über Waffen. Während unser Bezug zum Libanon über Medien läuft, läuft er im Libanon womöglich (zusätzlich) über Waffen.

sprechen seine bisherigen Projekte – sorgt für frischen Wind im Heidelberger Kunstverein. Man kann nur dazu auffordern – gerade auch die Studierenden, diese und weitere Ausstellungen zu besuchen!

Ausstellung noch bis 1.2.2009

Öffnungszeiten Di-Fr 12-19 Uhr, Sa-So 11-19 Uhr

Hauptstrasse 97

www.bdkv.de

Maja Tschumi studiert Philosophie und Literaturwissenschaft in Zürich und Heidelberg und war für den UNiMUT im Museum.

IMPRESSUM ... der UNiMUT-Zeitung an der Uni Heidelberg Nr. 2009/02 vom 27.1.2009 // Redaktion: Nina Bust-Bartels (nbb) ★ Alena Mehla (amh) ★ Janina Reibold (jr) ★ Friedemann Vogel (fv) ★ Yannick Zundl (yz) // Auflage 2000 – Unidruckerei // Wir ermutigen ausdrücklich dazu, LeserInnenbeiträge zu verfassen, die uns per eMail an unimut@urz.uni-heidelberg.de zugeschickt werden können. // Für namentlich gekennzeichnete Beiträge ist der/die VerfasserIn verantwortlich. Die Redaktion behält sich Kürzungen nach Rücksprache und orthographische Dienstleistungen ohne Rücksprache vor. // Unterstützt von der Fachschaftkonferenz, Albert-Überle-Straße 3-5, 69117 Heidelberg, Tel. 06221-542456 / eMail: unimut@urz.uni-heidelberg.de